

# Übersichten

Juni 1998

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 US-Präsident Clinton in China: Eine Erfolgstour, die auch von den Gegnern als solche anerkannt wurde

Vom 25. Juni bis 3. Juli besuchte US-Präsident Clinton die Volksrepublik China. Es war dies die erste Visite eines amerikanischen Präsidenten seit dem Tiananmen-Massaker vom Juni 1989; außerdem handelte es sich bei dieser neuntägigen Reise um den längsten Aufenthalt, den der Präsident seit seinem Amtsantritt vor sechs Jahren im Ausland eingelegt hat. Die Bedeutung der Visite wurde auch noch dadurch unterstrichen, daß Clinton auf Zwischenlandungen und Besuche in anderen Ländern verzichtete, um sich so ganz auf seine VRCh-Visite zu konzentrieren.

Bereits im Vorfeld hatte der Besuch hohe Wellen geschlagen: auf heftige Kritik war z.B. der vorgesehene Empfang des Präsidenten auf dem Tiananmen-Platz gestoßen, wo es noch neun Jahre vorher zu den blutigen Zusammenstößen zwischen Studentenschaft und Militär gekommen war.

Clinton hatte sich jedoch bereit erklärt, diesen „Preis“ zu zahlen, um

dafür im Gegenzug die Möglichkeit zu erhalten, sich der chinesischen Öffentlichkeit via Fernsehen und Radio zu präsentieren. In der Tat wußte er von diesen Möglichkeiten geschickt Gebrauch zu machen, indem er im Fernsehen live mit Jiang Zemin zu einem (freundschaftlich verlaufenen) „Streitgespräch“ antrat, indem er – ebenfalls live – mit Studenten der Beida diskutierte und indem er via Rundfunk über einen Shanghaier Radiosender in direkte Gespräche mit den Hörern eintrat.

Daß Clinton solche Chancen eingeräumt erhielt, war einmalig in der bisherigen Außenpolitik der VR China, gleichzeitig aber auch Ausdruck des Vertrauens Jiang Zemins darauf, daß Clinton weder ihn noch die KPCh Gesicht verlieren lasse, sondern stets die Grenzen zu wahren wisse.

In der Tat verstand es der mediengewandte Clinton, die Spielräume zwischen Kritik und Toleranzschwelle, zwischen amerikanischen und offiziellen chinesischen Interessen geschickt zu nutzen, ohne den Kredit in die eine oder andere Richtung zu überziehen.

Selbst die politischen Gegner Clintons mußten nach Abschluß der Visite anerkennen, daß der amerikanische Präsident seine Rolle exzellent gespielt hatte.

Zwischen den USA und der VR China gibt es nach wie vor zahlreiche Konflikte und Stolpersteine, angefangen von der Menschenrechts- über die Taiwan- bis hin zur „Fairness“-Frage in außenwirtschaftlichen Angelegenheiten (wachsende chinesische Überschüsse, Nichtbeachtung des geistigen Eigentums, Fragen zum WTO-Beitritt der VRCh). Vor allem verdrießt es die Chinesen, daß die USA in der asiatisch-pazifischen Region immer noch zu einseitig vorgehen und – unter Mißachtung des Gleichberechtigungsgrundsatzes – andere ASPAC-Anlieger (und hier wiederum vor allem die VR China) zuwenig „konsultieren“. Noch einige Jahre früher hätte Beijing ein solches Verhalten als „hegemonistisch“ angeprangert – heute ist man in der Wortwahl vorsichtiger geworden, zumal die chinesische Seite mittlerweile erkennen muß, daß die amerikanische „Konsultations“-Bereitschaft von Jahr zu Jahr wächst:

- Am 19. Januar 1998 beispielsweise unterzeichneten die Verteidigungsminister beider Länder in Beijing das Abkommen über den Aufbau eines Konsultationsmechanismus für militärische maritime Sicherheit.
- Am 19. März gab die amerikanische Regierung bekannt, daß die USA zur Wahrung des Friedens eine nukleare Kooperation mit China anstreben wollten.
- Am 30. April unterzeichneten die beiden Außenminister in Beijing das Abkommen über die Einrichtung eines direkten und geheimen „heißen Drahtes“ zwischen China und den USA, welcher eine schnelle, direkte und ehrliche Verständigung fördern sollte.
- Beim Clinton-Besuch schließlich wurde in der Gemeinsamen Erklärung die Errichtung eines Dialog- und Kooperationsmechanismus auf hoher Ebene in Aussicht gestellt. In Zukunft sollen also direkte Verbindungen zwischen den Präsidentschaften und den führenden Gremien beider Länder eingerichtet werden, die durch zeitweilige Probleme oder Rückschläge nicht mehr unterbrochen werden können.

Beijing sieht hier mehr und mehr eine seiner höchsten Erwartungen erfüllt, nämlich die institutionalisierte Konsultation, mit deren Hilfe die jahrzehntelange „Sprachlosigkeit“ zwischen den beiden Großmächten überwunden werden soll.

Ein solcher Konsultationsmechanismus ist aus chinesischer Sicht auch Voraussetzung für eine umfassende „Strategische Partnerschaft“, die bisher noch nicht existiert, die eines Tages aber Wirklichkeit werden könnte, falls die USA – immer aus chinesischer Sicht – bereit sind, auf „hegemonistische“ Supermachtsbestrebungen zu verzichten, die bisherigen (oben erwähnten) Hauptstolpersteine zu beseitigen und China als gleichberechtigten Sicherheitspartner anzuerkennen.

Die Clinton-Regierung hat in ihrer zweiten Amtszeit bereits zahlreiche Signale ausgesendet, die auf eine solche Anerkennung hinweisen. Unter anderem hat Clinton in seinem Anfang 1998 abgegebenen „Bericht zur Lage der Nation“ darauf hingewiesen, daß

China von den USA als neuer Sicherheitspartner betrachtet werde. Besonders konstruktiv habe sich Beijing bei seinem Vorgehen in der Finanzkrise gezeigt, indem es beispielsweise das Versprechen abgab, den Yuan nicht abzuwerten und dadurch die von der Finanzkrise geschüttelten asiatischen Nachbarländer nicht in weitere Wirtschaftsprobleme hineinzustoßen.

Günstig auf das Chinabild hat sich auch die Unterzeichnung des „Pakts für bürgerliche und politische Rechte“ durch Beijing Anfang 1998 ausgewirkt.

Das politische Hauptergebnis des Clinton-Besuchs aber dürfte eine Entwicklung sein, die in der öffentlichen Berichterstattung nur am Rande zum Ausdruck gekommen ist, nämlich die Aufhellung des Chinabilds bei den amerikanischen – und damit wohl auch bei den meisten westlichen – Medien. Chinas Menschenrechtspolitik beispielsweise war bisher ja Gegenstand außerordentlich einseitiger Berichte und Beurteilungen gewesen: Immer nur wurde China für die Verletzung individueller Menschenrechte getadelt, ohne daß es – z.B. auf der Linie der UNDP-Berichterstattung – gleichzeitig auch für seine Förderung sozialer Rechte gelobt worden wäre. Die meisten westlichen Medien waren hier auf einem Auge blind. Mit dem Clinton-Besuch aber scheint nun endlich das zweite Auge geöffnet worden zu sein: Plötzlich interessieren sich auch die deutschen Medien für die chinesische Sozialrechtspolitik sowie für Facetten der Demokratisierung in der VR China – also für Belange, die man bisher nicht zur Kenntnis hatte nehmen *wollen*.

Der Besuch Clintons erfolgte offiziell in Erwiderung der USA-Visite Jiang Zemin vom Oktober 1997. Seit dem 5. informellen APEC-Gipfel von Vancouver im November 1997 sind Clinton und Jiang (am 25. Juni 1998) bereits zum dritten Mal innerhalb von nur acht Monaten persönlich zusammengetroffen. Überdies gab es im gleichen Zeitraum einen zweimaligen Briefaustausch. Beziehungen zwischen China und den USA, die nach chinesischen Vorstellungen immer einen stark personalistischen Einschlag haben sollen, entwickeln sich also bestens – zumindest aus Beijinger Sicht.

Der Besuch Clintons steht in einer langen Reihe von Gipfelbegegnungen:

- Im Februar 1972 hatte Nixon als erster US-Präsident die VR China besucht, dabei mit Mao Zedong und Zhou Enlai konferiert und am 28. Februar das historische „Shanghai-Kommuniqué“ unterzeichnet.
- Im Dezember 1975 kam der damalige Präsident Gerald Ford nach Beijing.
- Nachdem es, mit Wirkung vom 1. Januar 1979, zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Beijing gekommen war, besuchte der damalige „Vizepräsident“ Deng Xiaoping vom 28. Januar bis 5. Februar 1979 die USA. Präsident Carter, unter dessen Ägide die diplomatischen Beziehungen aufgenommen worden waren, kam zwar niemals als Präsident, wohl aber später mehrere Male als Privatperson nach China.
- Im Januar 1984 stattete der damalige Ministerpräsident Zhao Ziyang den Vereinigten Staaten einen Besuch ab. Einige Monate vor seiner Visite war 1982 das „Kommuniqué vom 17. August“ unterzeichnet worden, in dem sich beide Seiten darauf geeinigt hatten, daß die USA „nicht daran denken, eine langfristige Politik der Waffenverkäufe an Taiwan zu betreiben, daß ihre Waffenverkäufe an Taiwan weder qualitativ noch quantitativ das Niveau der Lieferungen in den letzten Jahren seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der VRCh überschreiten werden, und daß sie vorhaben, schrittweise ihr Waffenangebot an Taiwan zu reduzieren, um schließlich, nach Ablauf einer gewissen Zeit, zu einer endgültigen Lösung überzugehen“.
- Im April 1984 kam Präsident Ronald Reagan nach China
- und schon wenige Monate später, nämlich im Juli 1985, Staatspräsident Li Xianyan zu einem Gegenbesuch in die USA.
- Wenige Wochen vor den „Tiananmen-Zwischenfällen“, nämlich Ende Februar 1989, besuchte Präsident George Bush die VR China.

„Tiananmen“ unterbrach all diese bis dahin durchaus freundschaftlich verlaufenden Kontakte und führte zu ei-

ner Erstarrung der Fronten, die erst acht Jahre später durch den Besuch von Staatspräsident Jiang Zemin (vom 26.10. bis 3.11.1997) unterbrochen wurde. Jiangs Besuch führte zu einem Tauwetter und endete mit einer Reihe vielversprechender Perspektiven: in Stichworten: (1) Verbesserung des Konsultationsmechanismus, (2) Zusammenarbeit im Energie- und Umweltbereich, (3) baldiger WTO-Beitritt Chinas, (4) Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Kernenergie, (5) Nichtweitergabe von Kernwaffen, (6) Fortführung des Dialogs über Menschenrechte auf Regierungs- und Nichtregierungsebene, (7) Einigung auf die weitere Beachtung der „Drei Gemeinsamen Kommuniqués“ vom 28. Februar 1972 („Shanghai-Kommuniqué“), vom 1. Januar 1979 (Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Seiten) und vom 17. August 1982 (Einschränkung amerikanischer Waffenlieferungen an Taiwan).

Die durch den Clinton-Besuch erfolgte weitere Annäherung beider Seiten wurde vor allem von seiten Tokyos mit Mißtrauen zur Kenntnis genommen. Japan lobte den Besuch zwar als ein historisches Ereignis, fühlte sich offensichtlich aber „irgendwie ausgeschlossen“. -we-

## 2 Wiederversöhnung zwischen KPCh und der KP Japans

31 Jahre nach dem Abbruch aller gegenseitigen Beziehungen haben die KPCh und die KPJ ihr Verhältnis zueinander wieder normalisiert, nachdem sie vom 8. bis 10. Juni in Beijing Verhandlungen geführt hatten.

In einer „Gemeinsamen Erklärung“ (XNA, 12.6.98) räumt die chinesische Seite ein, sich in den 60er Jahren unter dem Einfluß der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ in einer Weise verhalten zu haben, wie sie mit dem Grundsatz der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Parteien „nicht vereinbar“ gewesen sei. Dies sei nun in einer „ernsthaften Bestandsaufnahme korrigiert“ worden, heißt es: Mit dieser Erklärung hat die KPCh demonstrativ Selbstkritik geübt – ein für ihr sonstiges Verhalten nicht gerade charakteristisches Gebaren, das aber bei der KPJ außerordentliche Zufrieden-

heit auslöste. Die japanische Seite habe, heißt es in der Erklärung, die „auf richtige Haltung“ der KPCh mit Freunden zur Kenntnis genommen.

Anders als die auf Zwerggebilde zurückgeschrumpften KPs der ehemaligen Ostblockländer ist die KP in Japan nach wie vor eine respektable politische Größe: Sie hat etwa 370.000 Mitglieder und vertritt damit gut 10% der japanischen Wähler. Sie finanziert ihre Aktivitäten aus Parteibeiträgen und aus dem Verkauf ihrer Parteizeitung *Akahata* („Rote Fahne“), die in einer Auflage von immerhin 2 Mio. Exemplaren erscheint und die übrigens fortan wieder ein eigenes Korrespondentenbüro in Beijing unterhalten darf.

Die KPJ – Nihon Kyosanto – stellt in ihrer marktwirtschaftlich und demokratisch organisierten Heimat auf kommunaler Ebene mehr Volksvertreter als die in Tokyo tonangebende LDP. Ende 1997 brachte es die KPJ in den Gemeinde-, Bezirks- und Stadträten auf 4.065 Abgeordnete, die LDP dagegen nur auf 3.658. In der Provinzversammlung der Stadtprovinz Tokyo ist sie zweitstärkste Partei hinter der LDP. Im Unterhaus bekleiden die Kommunisten 26 der insgesamt 500 Sitze.

Bereits im September 1997 hatte der neugewählte Parteichef Tetsuo Fuwa der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua ein Interview gewährt, das bei der VRCh offensichtlich gut ankam. Darüber hinaus ist die KPJ eine der wenigen Parteien Japans, die die militaristische Vergangenheit Japans in China aufgearbeitet haben. Beflügelnd haben, drittens, die beim Parteitag der KPJ im September 1997 beschlossenen Personalveränderungen gewirkt, vor allem der Rücktritt des Vorsitzenden Kenji Miyamoto: Unter seiner, Miyamotos, Führung hatte die KPJ einen unabhängigen nationalkommunistischen Kurs eingeschlagen und – ganz auf dieser Linie – nacheinander ihre Beziehungen zu Moskau (1964: wegen „Rechts-Revisionismus“) und schließlich auch zu Beijing (1966/67: wegen „Links-Dogmatismus“) abgebrochen.

Im Kommuniqué vom 10. Juni 1998 heißt es, daß beide KPs die „von der Geschichte hinterlassenen Probleme vergessen“ wollten. Beide Seiten wollten sich künftig nach den Prinzi-

pien der Unabhängigkeit, der völligen Gleichheit, des gegenseitigen Respekts und der Nichteinmischung in die Angelegenheiten des anderen verhalten.

Beide Seiten kamen darin überein, daß KPJ- Parteichef Fuwa Tetsuo demnächst die VR China besuchen wolle, und zwar noch vor dem ebenfalls geplanten Gegenbesuch Jiang Zemins in Japan. Jiang, der im September 1998 nach Japan kommen will, ist ja nicht nur Parteichef der KPCh, sondern auch Staatschef der Volksrepublik China. -we-

### 3 Gegen eine militärische Einmischung im Kosovo

Bei einer Pressekonferenz am 16. Juni antwortete der Sprecher des Außenministeriums auf die Frage, wie China zu einer militärischen Intervention in Jugoslawien stehe, folgendermaßen: „Wir unterstützen die betroffenen Parteien in Jugoslawien bei der Regelung ihrer Angelegenheiten durch politischen Dialog. Wir sind der Ansicht, daß die Souveränität und territoriale Integrität Jugoslawiens respektiert werden sollten. Eine ... Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens ist zu vermeiden. China ist gegen eine militärische Einmischung im Kosovo.“ (BRu, 1998/27, S.8). Die Frage, ob China von seinem Vetorecht Gebrauch machte, würde die Angelegenheit vor die UNO gebracht, ließ der Sprecher offen. Inhaltlich aber fährt China, wie nicht anders zu erwarten, auf Vetokurs – und befindet sich hiermit auf gleicher Linie wie Rußland. -we-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 4 Konziliantere Töne Beijings gegenüber dem Dalai Lama

Die seit Jahren verhärteten Fronten zwischen der chinesischen Regierung und der tibetischen Exilführung haben im Juni gewisse Entspannungszeichen erkennen lassen. Der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin vermied auf einer gemeinsamen, live im Staatsfernsehen übertragenen Pressekonferenz mit dem US-Präsidenten Clinton die übliche harte Propaganda-

Rhetorik gegenüber dem Dalai Lama. Statt dessen stellte Jiang fest, daß der Weg zu formellen Verhandlungen frei sei, sobald die tibetische Exilführung anerkenne, daß Tibet ein integraler Bestandteil des Territoriums der VR China und Taiwan eine Provinz der VR China seien.

Jiang wies zugleich auf inoffizielle Kommunikationskanäle hin, die zwischen der chinesischen Regierung und dem Dalai Lama bestünden. Die Intensivierung inoffizieller Kontakte wurde auch von tibetischer Seite bestätigt. Informelle Gespräche würden außerhalb Chinas und zum Teil mit Hilfe amerikanischer Vermittlung geführt. In den letzten Monaten hätten die chinesischen Unterhändler wesentlich größere Offenheit gegenüber der Kritik und den Vorschlägen der tibetischen Seite gezeigt.

Der Dalai Lama zeigte sich freudig überrascht von den konzilianteren Tönen aus Beijing und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Jiang Zemins moderate Worte sich unmittelbar in einer Mäßigung der Repression durch die lokale kommunistische Führung in Tibet niederschlagen könnten. Auch vermerkte der tibetische Religionsführer positiv, daß sich unter chinesischen Intellektuellen und Politikberatern innerhalb und außerhalb Chinas Stimmen mehren, die dafür plädieren, Tibet im Rahmen einer umfassenden Verfassungsreform und Föderalisierung der VR China volle Autonomie zuzugestehen.

Mit Rücksicht auf das verbesserte Klima in den Beziehungen zu Beijing sagte der Dalai Lama Mitte Juli eine geplante Reise nach Taiwan ab, um die Chancen eines konstruktiven Dialogs mit der chinesischen Regierung nicht zu stören.

Der amerikanische Präsident Clinton äußerte während der Pressekonferenz mit Jiang Zemin in Beijing die Auffassung, daß eine persönliche Begegnung zwischen Jiang Zemin und Dalai Lama zu einer atmosphärischen Verbesserung führen könne: „I have spent time with the Dalai Lama. I believe him to be an honest man, and I believe if he had a conversation with President Jiang, they would like each other very much“ (IHT, 29.6.1998; AWSJ, 30.6.1998; SCMP, 18.7.1998). -hei-